

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: **Befragung zum Sicherheitsgefühl; Ergebnisse**

Bezug:

Anlagen: 1 Anlage: Ergebnisse der Befragung

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Verwaltung hat vom 17. Januar bis zum 19. Februar 2018 insgesamt 1.018 Personen, die in Tübingen seit mindestens zwei Jahren mit Erstwohnsitz leben und mindestens 16 Jahre alt sind, zufällig ausgewählt und zu ihrem Sicherheitsgefühl in Tübingen befragt. 609 Personen haben an der Befragung teilgenommen. Dies entspricht 59,8 % und stellt nach Kenntnis der Verwaltung die höchste Teilnahmequote an einer Befragung dar.

2. Sachstand

Die Sicherheit in den Städten ist zu einem politisch stark kontroversen Thema geworden. Sicherheit hat für die Bürgerinnen und Bürger in Umfragen mittlerweile einen deutlich höheren Stellenwert. Das Land Baden-Württemberg hat darauf bereits mit Stellenschaffungen bei der Polizei und Ausbau der Ausbildungskapazitäten reagiert. Bundesinnenminister Seehofer hat angekündigt, für einen starken Staat zum Schutz der Bürger zu sorgen. Auch in Tübingen haben Aufsehen erregende Fälle von Gewaltverbrechen im öffentlichen Raum für intensive Berichterstattung und Diskussionen gesorgt.

Die wichtigste Grundlage zur Beurteilung der Sicherheitslage ist die polizeiliche Kriminalitätsstatistik. Sie macht jedoch keine Aussagen über die Wahrnehmung der Sicherheit durch

Bürgerinnen und Bürger. Ob Menschen aufgrund einer veränderten Gefahrenlage oder nur aufgrund einer veränderten Wahrnehmung derselben ihr Verhalten ändern, ist letztlich zweitrangig. Entscheidend ist, dass Menschen sich frei und sicher fühlen, wenn sie im öffentlichen Raum unterwegs sind. Dies muss zu jeder Zeit und im gesamten Stadtgebiet gewährleistet werden. Mit den Ergebnissen der Befragung liegen nun objektive Daten zur Wahrnehmung der Sicherheit in Tübingen vor. Das erlaubt eine sachliche Bewertung von Handlungserfordernissen und Handlungsoptionen.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung hat Prof. Rita Haverkamp, Inhaberin der Stiftungsprofessur „Kriminalprävention und Risikomanagement“ der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen gebeten, die Ergebnisse der Umfrage auszuwerten und zu bewerten. Darauf aufbauend kann in Abstimmung mit dem Gemeinderat ein Handlungsprogramm entwickelt werden. Die Verwaltung wird dazu noch im laufenden Jahr mit konkreten Vorschlägen auf den Gemeinderat zugehen.

4. Lösungsvarianten

Die Ergebnisse der Umfrage können zur Kenntnis genommen werden, ohne daraus Konsequenzen abzuleiten.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Umfrage und deren Auswertung haben Kosten von ca. 1.000 Euro verursacht. Finanzielle Auswirkungen eines Handlungsprogramms hängen von dessen Ausgestaltung ab.